



Dezember 2017

Axel Berkofsky

Das strategische Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan – Eine Antwort auf die Krise der liberalen Weltordnung

Die EU und Japan sind kurz davor, zwei potenziell wichtige Abkommen zu verabschieden: ein Freihandelsabkommen und das strategische Partnerschaftsabkommen (SPA). Das SPA ist nach Ansicht politischer Entscheidungsträger in Brüssel und Tokio der „Big Bang“ der bilateralen politischen und sicherheitspolitischen Beziehungen: eine Aufwertung der Kooperation von derzeit zu passiv auf sehr aktiv.

Am 22. Oktober 2017 konnte die von der Liberal-Demokratischen Partei Japans (LDP) unter Premierminister Shinzo Abe geführte Regierung ihre Zweidrittelmehrheit im Unterhaus (der ersten Kammer des japanischen Parlaments) verteidigen. Dieser eher unerwartete erneute Erdrutschsieg ermöglicht die Fortsetzung der LDP-geführten Regierungskoalition. Somit zahlte sich die Entscheidung des Premierministers aus, vorgezogene (verfassungsrechtlich durchaus kontrovers diskutierte) Neuwahlen abzuhalten.

Axel Berkofsky ist Professor an der Universität Pavia und Senior Associate Research Fellow am Istituto per gli Studi di Politica Internazionale (ISPI) in Mailand.

Die LDP und ihr Koalitionspartner, die Komei-Partei, gewannen zusammen 313 von 465 Sitzen und verteidigten damit die schon im Dezember 2014 erreichte Zweidrittelmehrheit. Allein die LDP gewann 284 Sitze – ein leichter Verlust im Vergleich zu den letzten Wahlen im Dezember 2014, bei denen sie auf 291 Sitze gekommen war. Die Partei jedoch, die angetreten war, Abes Regierungskoalition herauszufordern – die kürzlich von der ehemaligen LDP-Verteidigungsministerin und derzeitigen Gouverneurin von Tokio, Yuriko Koike, gegründete Kibo no To (Partei der Hoffnung) – kam nur auf 50 Sitze. Die noch jüngere, erst am 2. Oktober 2017 gegründete Constitutional Democratic Party (CDP) kam auf 55 Sitze.

Abe sitzt aber vielleicht nicht so fest im Sattel wie es scheint. Denn ihm wurde vor einiger Zeit vorgeworfen, seinen Einfluss und seine Position genutzt zu haben, um einem gleichgesinnten nationalistischen Freund zu helfen, eine Privatuniversität zu eröffnen. Außerdem soll Abe einer ultranationalistischen Grundschule in Osaka Geld gespendet haben. Der Betreiber der Schule habe diese auf staatseigenem Land errichtet, das er mit einem großen Preisnachlass und der Hilfe Abes erworben habe.

Die Europäische Union (EU), die sich gegenwärtig sowohl mit dem chaotischen Austritt Großbritanniens aus der EU sowie einer Welle von Populismus, Xenophobie und politischen Parteien konfrontiert sieht, die liberale Normen und Werte in Frage stellen, könnte eine politische Erfolgsstory gebrauchen – als Nachweis und Bestätigung dafür, dass auf Europa als Motor und Promoter globaler liberaler Normen und Werte noch Verlass ist. Und hier könnte – zumindest theoretisch – das strategische Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan relevant werden. Beide Partner haben ehrgeizige Ziele, was die Kooperation im Bereich der internationalen Politik und Sicherheit betrifft. Das Instrument, durch das eine intensivierete und institutionalisierte Zusammenarbeit realisiert werden soll, ist das strategische Partnerschaftsabkommen (EU-Japan Strategic Partnership Agreement, SPA). Das SPA ist im Prinzip ausgehandelt und beide Seiten wollen es bis Ende des Jahres abschließen.

Die Bilanz gemeinsamer europäisch-japanischer Maßnahmen auf regionaler und globaler Ebene, z. B. zur Konfliktschlichtung und Friedensbildung in Afrika und Asien, ist durchaus beeindruckend (Details siehe Tabelle 1). Allerdings gibt es einen Konsens unter Wissenschaftlern und Analysten, dass die EU und Japan ihre nicht-militärische Sicherheitszusammenarbeit noch intensivieren könnten bzw. sollten. Dem SPA kommt dabei die Aufgabe zu, den Abstand zwischen der in gemeinsamen Erklärungen formulierten und der real stattfindenden Sicherheitskooperation zu reduzieren.

Jetzt oder nie, vielleicht

Vor dem Hintergrund der bereits erfolgten europäisch-japanischen nicht-militärischen Sicherheitszusammenarbeit ist die Verabschiedung des SPA nicht zwingend Voraussetzung für die EU und Japan, sich

gemeinsam auf dem Gebiet regionaler und globaler Sicherheit zu engagieren. Allerdings würde das SPA das Signal senden, dass die EU und Japan bereit sind, universell anerkannte Regeln, Normen und Werte, die weltweit zunehmend in Frage gestellt werden, aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Anders gesagt: Wenn es je einen richtigen Zeitpunkt für die EU und Japan gab, ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden, so ist dieser genau jetzt und das SPA könnte dafür das richtige Instrument sein.

Bis heute haben jedoch weder die EU noch Japan Details zu den Inhalten des SPA veröffentlicht, die über sehr vage Angaben zu den Themenfeldern des Abkommens hinausgehen. In der Tat sind die auf den Internet-Seiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) veröffentlichten Informationen so spärlich, dass sie kaum als solche bezeichnet werden können. Während die EU-Kommission entschieden hat, den Entwurf des europäisch-japanischen Freihandelsabkommens öffentlich zugänglich zu machen, hat sich der EAD gegen die Veröffentlichung eines Entwurfs des SPAs entschieden. Diese Entscheidung erweckt den Eindruck, europäische Entscheidungsträger hielten Transparenz für fakultativ. Anders gesagt: Die für das Freihandelsabkommen zuständige EU-Kommission hat den Schritt unternommen, Vorwürfe der Intransparenz zu entschärfen, während der EAD dies nicht getan hat.

Die Verabschiedung des SPA noch im Jahr 2017 und die Bereitschaft in Brüssel und Tokio, Kräfte und Ressourcen zu vereinen, um die Normen und Regeln internationaler Politik und Sicherheit zu verteidigen, wäre vor dem Hintergrund der Krise der liberalen Weltordnung sehr willkommen. Während die USA unter Präsident Donald Trump zu einer isolationistischen Außen- und Handelspolitik neigen, treibt China seine eigenen Modelle wirtschaftlicher und politischer Regierungsführung auf regionaler und globaler Ebene voran – als Gegenpol zu internationalen liberalen Normen und unter Missachtung internationalen Rechts.

Vier Jahre Verhandlungen

In der zweiten Hälfte des Jahres 2017 wurden die SPA-Verhandlungen beschleunigt. Vermutlich hat die unberechenbare US-Präsidentschaft unter Donald Trump mit dafür gesorgt, dass die EU und Japan sich entschieden haben, das Abkommen Ende 2017 endlich

Tab. 1: Beziehungen zwischen der EU und Japan – Chronologie gemeinsamer Initiativen

1959	Akkreditierung von Japans erstem Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften (EG)
1974	Erste Delegation der Europäischen Gemeinschaften (EG) in Japan
1987	Das japanische Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (Ministry of International Trade and Industry, MITI) und die EU Kommission gründen das EU-Japan Centre for Industrial Cooperation
1991	Erster EU-Japan Gipfel in Den Haag – Verabschiedung der "The Hague Declaration"
1994	Programm „EU Gateway to Japan“ mit dem Ziel des Ausbaus von Handel und Investitionen zwischen der EU und Japan
2001	Die EU und Japan verabschieden den EU-Japan Aktionsplan "Shaping our common future" (ausgelaufen 2011)
2002	EU-Japan-Abkommen über wechselseitige Anerkennung
2003 2005, 2007	Zusammenarbeit im Rahmen der "Conference on Facilitating the Entry into Force of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty (CTBT)"
2003	EU-Japan-Abkommen zur Zusammenarbeit gegen wettbewerbsfeindliche Praktiken
2003	Halbjährliche Treffen der „EU-Japan Troika Working Group on Human Rights“
2004	Gemeinsamer EU-japanischer Vorsitz der "Ministerial Conference on Peace Consolidation and Economic Development of the West Balkans"
2004	Gemeinsame Verabschiedung eines Protokolls zur Abrüstung und Nichtverbreitung von Klein- und Leichtwaffen (Unterstützung des Aktionsplans der Vereinten Nationen)
2005	Beginn des Strategischen Dialogs zwischen der EU und Japan zur Sicherheit Ostasiens
2005	EU-Japan-Jahr "People-to-People-Austausch"
2006	EU-Japan-Abkommen zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Nuklearenergie
2008	EU-Japan-Abkommen zur gegenseitigen Amtshilfe
2008	EU-Japan-Gipfel 'Human Security' auf dem Westbalkan
2009	EU-Japan-Kooperationsabkommen zu Wissenschafts- und Technologie
2009	EU-Japan-Abkommen zur gegenseitigen Rechtshilfe im Strafrecht
2009 und 2010	EU-Japan-Seminare zum Aufbau von Kapazitäten in Tadschikistan
2010	Einsetzung einer hochrangigen Expertengruppe zur Identifizierung von Optionen zum umfassenden Ausbau der Handels- und politischen Beziehungen zwischen der EU und Japan
2011	Start der Zusammenarbeit im Bereich Katastrophenschutz zwischen der EU und Japan
2012	Abschluss der Vorstudien für das EU-Japan EPA/FTA und SPA
2013	Beginn der Verhandlungen des Strategischen Partnerschaftsabkommens und Freihandelsabkommens zwischen der EU und Japan
Juli 2017	EU und Japan vereinbaren den Abschluss eines Freihandelsabkommens und eines strategischen Partnerschaftsabkommens bis Ende 2017

Quelle: Autor

| BertelsmannStiftung

zu verabschieden – nachdem sie zuvor selbst auferlegte Fristen nicht eingehalten hatten. Seine Berater haben Premierminister Abe vermutlich empfohlen, nicht nur in die Allianz mit den USA zu investieren, sondern auch sein Versprechen zu halten, zusammen mit der gleichgesinnten "soft power" der EU zur regionalen und globalen Stabilität beizutragen.

Der Plan, die Zusammenarbeit zwischen der EU und Japan, die Brüssel als natürliche Alliierte bezeichnet, zu verbessern, wurde 2010 konzipiert. Im Rahmen des 20. EU-Japan-Gipfels vereinbarten beide Partner, zwei gesetzlich bindende Abkommen auf den Weg zu bringen: eines zur bilateralen Kooperation in der internationalen Politik und Sicherheit und ein zweites

zum Ausbau der bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen. Das führte zum Start der Verhandlungen zum sogenannten Rahmenabkommen, das in der Folge in ein strategisches Partnerschaftsabkommen und ein wirtschaftliches Partnerschaft-/Freihandelsabkommen unterteilt wurde. Seinerzeit wurde vereinbart, beide Abkommen gleichzeitig zu verabschieden. Vor dem Start der eigentlichen Verhandlungen wurde die EU-Kommission verpflichtet, die Ermächtigung aller EU-Mitgliedstaaten auf der Basis sogenannter Vorstudien einzuholen.

Die offiziellen Verhandlungen zum strategischen Partnerschaftsabkommen wurden 2013 aufgenommen. Nach elf Verhandlungsrunden konnten die EU

Abb. 2: EU-Handel mit Japan bei Waren und Dienstleistungen



Quelle: European Commission, Directorate-General for Trade; http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_111836.pdf | BertelsmannStiftung

und Japan im März 2016 31 von 54 Artikeln des Abkommens verabschieden. Einigkeit bei den verbleibenden Artikeln – seinerzeit von der EU als politisch heikel bezeichnet – wurde dann im Rahmen des 24. EU-Japan-Gipfels im Juli 2017 erzielt. Allerdings sind die Verhandlungen zum SPA noch nicht vollständig abgeschlossen und bedürfen, wie Brüssel es formuliert, noch rechtlicher Feinabstimmungen. Das SPA soll bindend in dem Sinne sein, dass die EU und Japan die im Abkommen genannten Themen und Bereiche, in denen eine Zusammenarbeit statt-

finden soll, in den kommenden Jahren gemeinsam angehen werden. Allerdings ist es – zumindest für Außenstehende – unklar, bis zu welchem Grad das Abkommen die EU und Japan rechtlich verpflichtet wird, die im Abkommen formulierte Kooperation zu implementieren.

Die 54 Artikel des SPA umfassen Kooperation in 30 Bereichen. Das Abkommen wird zu einer Intensivierung der europäisch-japanischen Zusammenarbeit in politischer und sicherheitspolitischer Hinsicht führen,

indem sektorale Abkommen zu einem umfassenden und bindenden Abkommen umgewandelt werden.

Die Vorteile für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die sich aus dem oben erwähnten Freihandelsabkommen ergeben, sind ohne Zweifel beträchtlich. Schätzungen zufolge werden in den nächsten Jahren die EU-Exporte nach Japan um 34 Prozent und die japanischen Exporte nach Europa um 29 Prozent ansteigen. Außerdem wird das Freihandelsabkommen der EU und Japan jährlich eine Milliarde Euro an Zöllen ersparen.

Was für ein Abkommen?

Es ist noch unklar, ob das SPA ein exklusives EU- oder ein gemischtes Abkommen sein wird. Die EU-Kommission strebt ein reines EU-Abkommen an (im Rahmen dessen sie die ausschließliche Kompetenz besitzt), während die EU-Mitgliedstaaten ein gemischtes Abkommen wollen. Ein gemischtes Abkommen müsste von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden, was den Ratifizierungsprozess im Jahr 2018 und darüber hinaus deutlich verlangsamen könnte. Das SPA ist nicht (ganz) frei von Kontroversen. Tokio ist z. B. gegen die Aufnahme der sogenannten „Wesentliche-Elemente-Klausel“ in das Abkommen. Diese Klausel verpflichtet die EU, (unter anderem) den Respekt und Schutz von Menschenrechten in allen Abkommen mit anderen Staaten zu kodifizieren.

Die Verpflichtung der EU, eine prinzipientreue Außenpolitik zu verfolgen, ist in Artikel 21 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union formuliert. Die EU ist verpflichtet, eine entsprechende Klausel auch in Abkommen mit gleichgesinnten Ländern aufzunehmen. Sowohl die Kommission als auch der EAD beklagen diese Verpflichtung seit langem. Im Falle Japans ist die Wahrscheinlichkeit, dass Menschenrechtsverletzungen zur Unterbrechung der Verhandlungen mit Brüssel führen, abwegig. Aus japanischer Sicht vermittelt diese Klausel deshalb den Eindruck, dass Brüssel sich herausnimmt, die Qualität der japanischen Außenpolitik zu „überwachen“.

Auch (ein wenig) militärische Sicherheit?

Auch wenn die nicht-militärische Sicherheitszusammenarbeit im Zentrum des SPA stehen wird, so ist auch die militärische Sicherheitskooperation Teil dessen,

was die EU und Japan künftig zur regionalen und globalen Sicherheit beitragen wollen. Nicht zuletzt deswegen, weil beide Seiten in der jüngeren Vergangenheit bereits militärische Kooperationen praktizierten, beispielsweise seit 2009 bei der Bekämpfung von Piraterie vor der Küste Somalias im Golf von Aden. Die japanische Marine stellte Daten zur Verfügung und tauschte Informationen mit den Marineeinheiten anderer Länder aus. Zusätzlich arbeitete sie operativ mit der EU Naval Force (NAVFOR) Operation Atalanta zusammen, einer 2008 begonnenen militärischen Mission im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU. 2014 führte die Kooperation zwischen europäischen und japanischen Marineeinheiten zur Verhaftung von Piraten. Zudem hielten die Marineeinheiten gemeinsame Seemanöver ab.

Japan ist unter Premierminister Abe eindeutig mehr an einem Ausbau seiner militärischen Kapazitäten und der Sicherheitsbeziehungen mit den USA interessiert als an „soft power“ und nicht-militärischer Zusammenarbeit mit der EU. Zudem bestehen in Tokio Zweifel hinsichtlich der Fähigkeit der EU, Japans sicherheitspolitische Interessen in Ostasien zu verteidigen. Obwohl Tokio in der jüngeren Vergangenheit die bilateralen Sicherheitsbeziehungen mit Großbritannien und Frankreich intensiviert hat, bleibt die EU als Akteur militärischer Sicherheit für Japan nur von zweitrangiger Bedeutung; jedenfalls solange Brüssel nicht bereit ist, seiner verbalen Opposition gegen Chinas expansive Politik auf umstrittenen und auch von anderen Ländern beanspruchten Inseln im Südchinesischen Meer konkrete Taten folgen zu lassen – etwa europäische Marinepatrouillen, wie 2016 vom damaligen französischen Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian vorgeschlagen. Auch wenn weder rechtlich noch operativ etwas dagegen spricht, dass Europa Marinepatrouillen im Südchinesischen Meer mit Japan und/oder den USA koordiniert, bleibt es doch sehr unwahrscheinlich, dass europäische Marineeinheiten dort in absehbarer Zeit aktiv werden. Vorerst – allerdings mit zunehmend deutlicheren Worten – beschränken sich Tokio und Brüssel darauf, ihre Bedenken gegenüber Chinas territorialem Expansionismus verbal auszudrücken.

Gedacht als ein Abkommen, das die Verbindungen zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik stärkt, soll das SPA auch Synergien zwischen dem sogenannten „umfassenden Ansatz“ der EU im Hinblick auf regionale und globale Sicherheit und Japans Konzept der

Human Security im Mittleren Osten und Asien schaffen. Außerdem wird erwartet, dass das Abkommen auch das, was Brüssel "post-industrielle Dossiers" nennt, abdeckt – Terrorismusbekämpfung, maritime Sicherheit, Prävention von Naturkatastrophen, Cyber-Verteidigung, Rüstungskontrolle und die Nichtproliferation von Massenvernichtungswaffen.

Japanische Beiträge zu GSVP Missionen

Japans Beiträge zu Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) reichen in die 1990er-Jahre und die Kriege auf dem Balkan zurück. Seitdem hat Japan mehr als zwei Milliarden US-Dollar als Teil dessen, was Tokio „friedensfördernde Politik“ nennt, in den Wiederaufbau des Westbalkans investiert. Diese Beiträge umfassten unter anderem die Entsendung einer Wahlbeobachtermission in den Kosovo (2004), die Bereitstellung von Übersee-Entwicklungshilfe für den Trust Fund for Human Security on the Balkans und die Entsendung von Friedenstruppen in den Kosovo und nach Bosnien-Herzegowina.

2014 entschied Tokio, über das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen finanzielle Hilfen für die GSVP-Mission der EU im Niger zur Verfügung zu stellen: Japans Beitrag bestand dabei in der Bereitstellung von rund 1,5 Millionen Euro für drahtlose Kommunikationstechnik und für Fahrzeuge mit drahtloser Technologie, die im Niger bei Patrouillen zum Einsatz kamen. Im März 2015 begann Japan, Beiträge zu der im April 2014 begonnenen zivilen GSVP-Mission in Mali zur Unterstützung des Sicherheitssektors zu leisten. Dabei stellte Tokio rund 3,7 Millionen Euro zum Wiederaufbau der nationalen Polizeiakademie zur Verfügung.

Brüssel und Tokio arbeiten außerdem in verschiedenen anderen Aktivitäten in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit im Niger, in Mali und in der Demokratischen Republik Kongo zusammen; dabei geht es um den Kampf gegen Terrorismus, die Unterstützung von Friedenseinsätzen und die Förderung justizieller Zusammenarbeit. Derzeit verhandeln Brüssel und Tokio das sogenannte Rahmenpartnerschaftsabkommen (Framework Partnership Agreement, FPA), das die Entsendung des japanischen Militärs zu GSVP-Missionen ermöglichen soll. Nach Verabschiedung des FPA werden japanische Beiträge zu Missionen wie im Niger und in Mali einen institutionellen Rahmen be-

kommen. Bis dahin sind die EU und Japan rechtlich gesehen nicht in gemeinsamen Missionen engagiert, sondern leisten das, was Brüssel „parallel koordinierte Zusammenarbeit“ nennt.

Geschäfte mit Großbritannien und Frankreich

Im Januar 2014 kamen die Außen- und Verteidigungsminister Frankreichs und Japans erstmals zu einem "2 plus 2-Treffen" zusammen. Im Rahmen des zweiten Treffens dieser Art diskutierten die Minister den "Aktionsplan für Afrika", der die Möglichkeiten gemeinsamer französisch-japanischer Grenzsicherheitszusammenarbeit im Niger, in Mali und in Burkina Faso sowie andere friedenssichernde Missionen in Afrika vorsieht. Im Juli 2014 unterzeichneten Japan und Frankreich eine Absichtserklärung mit dem Ziel, die Verteidigungszusammenarbeit zu intensivieren. Im Rahmen dieses Abkommens wurde unter anderem die gemeinsame Entwicklung unbemannter Unterwasserfahrzeuge beschlossen.

Bereits im April 2012 unterzeichneten London und Tokio ihr erstes gemeinsames Waffenentwicklungsprogramm, dem noch zwei weitere folgten: im Juli 2013 das Verteidigungsausrüstungskooperationsabkommen (Defence Equipment Cooperation Framework), das die gemeinsame Entwicklung von Militärausrüstung ermöglicht sowie das Informationssicherheitsabkommen (Information Security Agreement), das die Kooperation im Bereich militärischer Aufklärung fördert. Im Rahmen des zweiten Abkommens wurden unter anderem die gemeinsame Entwicklung chemischer und biologischer Kampfanzüge sowie eine Zusammenarbeit im Bereich der Raketentechnologie vereinbart.

Im Mai 2014 starteten Großbritannien und Japan Verhandlungen zu einer bilateralen Akquisitions- und Cross-Servicing-Vereinbarung, die die Bereitstellung logistischer und technischer Unterstützung für die Streitkräfte beider Länder vorsieht. Im Januar 2015 trafen die Außen- und Verteidigungsminister der beiden Länder zu ihrem ersten "2 plus 2"-Treffen zusammen.

Bei der engeren verteidigungspolitischen Kooperation von Japan mit Frankreich und Großbritannien geht es allerdings nicht nur um Sicherheit, sondern ebenso um Geld. Der Ausbau der Verteidigungsbeziehungen mit Großbritannien und Frankreich hilft Tokio, der

japanischen Verteidigungsindustrie das zu geben, was diese seit Jahrzehnten fordert: einen Zugang zum globalen Rüstungsmarkt. Möglich wurde dies 2014, als die Regierung von Premierminister Abe unter Protest der politischen Opposition und der japanischen Zivilgesellschaft das seit 1967 bestehende Exportverbot für japanische Waffen- und Waffentechnologie aufhob.

Der (chinesische) Elefant im Raum

Wenn die EU wirklich ernsthaft daran interessiert ist, ihre Mitwirkung an der Sicherheit Asiens zu intensivieren und wenn Japan tatsächlich Brüssels natürlicher Alliiertes in Asien ist, dann sollte sich die europäisch-japanische Sicherheitskooperation auch mit Chinas zunehmend bestimmender, teils aggressiver Politik in den umstrittenen ost- und südostasiatischen Hoheitsgewässern befassen. Die EU versucht – bislang allerdings vergeblich –, Chinas sicherheits- und verteidigungspolitisches Verhalten durch einen bilateralen Dialog über die Sicherheit Asiens zu beeinflussen. 2010 starteten die EU und China den jährlich stattfindenden „EU-China High-level Strategic Dialogue“, der – wie Brüssels politische Entscheidungsträger (fälschlicherweise) hofften –, Peking dazu bringen sollte, seine Territorialpolitik, seine Verteidigungsausgaben und seine militärische Beschaffungspolitik transparenter zu machen. China jedoch hat mehr als einmal sehr deutlich gemacht, dass es eine europäische Einmischung in Fragen der chinesischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht duldet.

Auch wenn Tokio offiziell die Bemühungen der EU, Chinas territoriale Ambitionen zu zähmen, gutheißt, sind sich Japans politische Entscheidungsträger folgender Tatsache bewusst: Die zu erwartenden wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen Chinas werden die Bereitschaft der EU und ihrer Mitgliedstaaten, zusammen mit Japan gegen Chinas aggressive Territorialpolitik im Ost- und Südchinesischen Meer vorzugehen, erheblich begrenzen. In der Vergangenheit hat Japan vergebens auf ausdrückliche und nachhaltige Unterstützung der EU gegen Chinas Eindringen in die von Japan beanspruchten territorialen Hoheitsgewässer im Ostchinesischen Meer, inklusive der Gewässer nahe der Senkaku-Inseln gewartet (diese Inseln kontrolliert Japan seit seinem Sieg über China im ersten Chinesisch-Japanischen Krieg von 1894/1895).

Fazit

Wenn man dem, was Brüssel und Tokio im Juli versprochen haben, Glauben schenken will, werden die SPA-Verhandlungen Ende 2017 beendet sein. Auch wenn das Abkommen in erster Linie die nicht-militärische Sicherheitszusammenarbeit zwischen der EU und Japan institutionalisieren wird, sind beide Partner angehalten, weitere konkrete gemeinsame Beiträge zur asiatischen Sicherheit, inklusive gemeinsamer Patrouillen im Südchinesischen Meer, zu leisten. Auch wenn das SPA ganz sicher nicht der Beginn spektakulärer militärischer Kooperationen zwischen der EU und Japan sein wird, hat das Abkommen nichtsdestotrotz das Potenzial, zumindest in begrenztem Maß dazu beizutragen, anerkannte Regeln der internationalen Politik und Sicherheit zu verteidigen und zu implementieren. Das wird aber nur funktionieren, wenn die EU und Japan aufhören zu reden und anfangen zu handeln, damit der Nutzen des SPAs für den Frieden auf regionaler und globaler Ebene realisiert werden kann.

Zuletzt erschienen:

Asia Policy Brief | Juni 2017

Präsident Moon Jae-in – die richtige Wahl für Südkorea

Hannes B. Mosler

Asia Policy Brief | März 2017

Kann Modi den Elefanten zum Tanzen bringen?

Murali Nair

Asia Policy Brief | Juli 2016

Das Ende der Panda-Politik

Bernhard Bartsch

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Stephan Vopel
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Peter Walkenhorst
peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de

Wenn Sie Rückfragen haben oder den „Asia Policy Brief“ abonnieren möchten, schreiben Sie bitte an asien@bertelsmann-stiftung.de.

Alle Ausgaben des „Asia Policy Brief“ finden Sie auf unserer Website www.bertelsmann-stiftung.de/asien unter „Kurzanalysen zu aktuellen Themen“

ISSN 2364-8554